

## FDP-Ortsverband Burscheid / FDP-Fraktion im Rat der Stadt Burscheid

---

Dr. Anne Marie Frese, In der Dellen 35, 51399 Burscheid

Gert Weber, Höhestr. 36, 51399 Burscheid

An das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,  
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW  
Referat IV-3  
Schwannstraße 3  
40476 Düsseldorf

23.9.2014

Betr.: **Anregungen und Bedenken zum Entwurf des Abfallwirtschaftsplanes** (Siedlungsabf.)

Sehr geehrte Damen und Herren !

Aufgrund der öffentlichen Bekanntmachung gemäß § 32 KrWG und § 9 UVPg - Beteiligung bei der Aufstellung eines Abfallwirtschaftsplans Nordrhein-Westfalen, Teilplan Siedlungsabfälle - tragen wir als FDP-Ortsverband und FDP-Fraktion im Rat der Stadt Burscheid zu dem vorliegenden Entwurf folgende Bedenken und Anregungen vor:

### 1. Bevorzugung von Entsorgungsverfahren

Im Absatz 4.2.1 **Optimierung und Intensivierung der getrennten Erfassung und Verwertung von Bio- und Grünabfällen** ist festgeschrieben: „**Die Biogasnutzung soll als Mindeststandard bei der Bioabfallverwertung festgeschrieben werden.**“ Und weiter: „Vor diesem Hintergrund sind die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger daher gehalten, im Rahmen der Fortschreibung ihrer Abfallwirtschaftskonzepte, Maßnahmen zur Einführung bzw. Intensivierung der getrennten Erfassung von Bio- und Grünabfällen zu prüfen und darzustellen sowie auf deren Umsetzung durch die für das Einsammeln und Befördern zuständigen kreisangehörigen Städte und Gemeinden hinzuwirken.“

Weiterhin ist festgehalten: „Im Hinblick auf eine Intensivierung der Abschöpfung der noch vorhandenen Potenziale, insbesondere bei den **Nahrungs- und Küchenabfällen**, werden **Leit- und Zielwerte für Bio- und Grünabfälle** auf Ebene der kreisfreien Städte und Kreise definiert. Diese sollen vor allem den Kommunen, die bisher geringere Mengen erfassen, als Maßstab für die anzustrebende Steigerung dienen und sie zu intensivierenden Maßnahmen motivieren. **Dabei wird davon ausgegangen, dass eine Erfassung auch von Nahrungs- und Küchenabfällen erfolgt.**“ Dies soll erfolgen durch entsprechende Abfallkampagnen mit Aufklärung“ in Kindergärten und Schulen, und „Mentalitätsanpassung“ (Seite 46) durch

entsprechende Öffentlichkeitsarbeit der Abfallverbände. Durch Einbeziehung von Hausmeistern und Hausverwaltungen sollen in verdichteten Strukturen zusätzlich die Erfolgsaussichten der flächendeckenden Bioabfallsammlung erhöht werden.

Hierzu merken wir an: **Bei diesen Forderungen des vorliegenden Entwurfs werden die gesamtökologischen und ökonomischen Erfordernisse einer sinnvollen Abfallwirtschaft insofern unzureichend berücksichtigt, als die Schonung von Ressourcen unterschiedlich bewertet wird.** Zum einen werden Torfressourcen und Phosphatressourcen höher bewertet als die für die Sammelvorgänge erforderlichen zusätzlichen Ressourcenverbräuche an Primärenergieträgern wie Kohle und Erdöl.

Zum anderen werden die Kommunen in die Pflicht genommen, ökologische Untersuchungen anzustellen, wenn sie von der Getrennterfassung von Küchenabfällen abweichen wollen und dies bei den knappen Kommunalkassen. [s. Anlage Punkt 2 Gutachten Prof. Dr. A. Schink]

Zwar wird im vorliegenden Entwurf auch auf die Vorteile der thermischen Entsorgung in Müllheizkraftwerken und deren Optimierung hinsichtlich Klima und Energieausbeute (Seite 48/49) sowie auf die Ressourceneinsparung an Stein- und Braunkohle durch die Energiegewinnung der Müllverbrennungsanlagen eingegangen, jedoch deren Optimierungspotential außer Acht gelassen und gegenüber der Biogasgewinnung benachteiligt.

In diesen Betrachtungen sind die für die Sammlung erforderlichen energetischen Aufwendungen und ökologischen Folgen derselben überhaupt nicht berücksichtigt (Transporte zum Primärsammelungsplatz, Transporte zur Verwertungsstelle, Anschaffung und Verbrauch von gesonderten Sammelgefäßen). Des weiteren ist die geringere Energieausbeute bei der Biogasgewinnung gegenüber der thermischen Nutzung von Küchenabfällen nicht berücksichtigt (mindestens 40% geringere Energieausbeute aus derzeit technisch besten, optimierten Biogaskraftwerken gegenüber der Verbrennung in Müllheizkraftwerken mit Fernwärmenutzung und Stromgewinnung). (s. Anlage Punkt 1 Fallbeispiel Burscheid)

**Ein Abfallwirtschaftsplan muss nach den Zielen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes neben dem Primärziel der Abfallvermeidung auch alle anderen ökologisch/ökonomischen Aspekte einer optimalen Entsorgung berücksichtigen.**

## **2. Die Einhaltung von Naturgesetzen sollte bei Gesetzen Berücksichtigung finden**

**Die Wärmelehre stellt fest: Zur Sammlung von Stoffen, die durch energetische Vorgänge verteilt worden sind, muss mehr Energie aufgewendet werden, als vorher für die Verteilungsvorgänge aufgewendet wurden. Dies gilt selbstverständlich auch für Küchenabfälle.** Der Verbraucher hat diese nach einer intensiven Prozessierung in Landwirtschaft, Nahrungsmittelproduzenten, Verteilungsvorgängen von Groß- und Einzelhandel letztendlich in seine Küche gebracht. Nun sollen diese Bioabfälle in einer **Sondersammlung**, um das Potential an Torfersparnis und Düngemittlersparnis (mit nachfolgenden weiteren

Verteilungsvorgängen) zu nutzen, wieder gesammelt werden, **bei gleichzeitig geringerer Energieausbeute** durch die Biogasgewinnung.

Für die Akzeptanz dieser wissenschaftlich nicht nachvollziehbaren Regelung sollen Kindergärtner/innen, Lehrer/innen, Medien, etc. eingespannt werden. Dieses Vorgehen kann mit der grundgesetzlich garantierten Freiheit der Medien sowie von Forschung und Lehre nicht vereinbart werden.

### **3. Die Ziele des Klimaschutzes werden durch die getrennte Sammelpflicht von Küchenabfällen und deren Verwertung in Biogasanlagen konterkariert**

Die Emissionen durch Bioheizkraftwerke und deren vorgelagerter Biogasgewinnung sind insbesondere bei Ammoniak, Ammoniumverbindungen (Ammoniumsalzen von organischen und fluororganischen Säuren), Lachgas und anderen Stickoxiden deutlich höher und weniger gut absorbierbar als die Emissionen von Müllheizkraftwerken.

Neben Stärke, Zucker und Fetten enthalten Küchenabfälle besonders viele Eiweiße (Proteine = Stickstoffverbindungen). Diese erzeugen beim Vergärungsprozess Stickoxide, die dabei deutlich schwieriger aus dem Prozess entfernt werden können als bei der Verbrennung durch Rauchgaswäsche der Abgase bei einer MVA.

([http://www.provinz.bz.it/landwirtschaft/download/4\\_Umweltaspekte.pdf](http://www.provinz.bz.it/landwirtschaft/download/4_Umweltaspekte.pdf)) Insbesondere Lachgas (N<sub>2</sub>O) ist ein Treibhausgas, dessen Treibhauswirksamkeit 298-mal so groß ist wie die von CO<sub>2</sub><sup>[11]</sup>. (Quelle: Wikipedia)

### **4. Der vorbeugende Gesundheitsschutz der Bevölkerung durch getrennte Sammlung von Küchenabfällen wird nicht ausreichend beachtet.**

Die Lagerung, der Transport und die Prozessierung von Küchenabfällen zur Gewinnung von Biogas ist mit erheblichen mikrobiologischen und Ungezieferproblemen behaftet. Dies gilt bei der Sammlung und bei der Lagerung in Haushalten wie auch beim Müllentsorger und Müllverwerter. Diese Gefährdung, insbesondere die mikrobielle Gesundheitsgefährdung (Pilzerkrankungen (insbesondere Aspergillose), aber auch allergische Erkrankungen sind von der Zahl der aufgenommenen Sporen abhängig und diese wiederum von der für das Wachstum zur Verfügung stehenden Biomasse). Insbesondere Allergiker sind durch diese Art der Sammlung in höchstem Maße gefährdet.

**Aus diesen Gründen beantragt die Burscheider FDP eine gleichwertige Entsorgung von Küchenabfällen wie von Haushaltsrestmüllabfällen im Abfallwirtschaftsplan festzuschreiben.**

Mit freundlichen Grüßen *gez. Frese* *gez. Weber*

## Anlage:

1. Fallbeispiel zu den Umweltauswirkungen bei Entsorgung durch die Biotonne in Burscheid.

[2] Redeker/Sellner/Dahs; Vermerk: In der Stellungnahme zum Antrag der FDP Fraktion im Beirat für die Abfallentsorgung in der Stadt Burscheid in der festgehalten ist, dass allerdings das Land die Umweltprüfung durchführen müsste (Seite 4) !

## **Quellen:**

### **Entwurf Abfallwirtschaftsplan**

#### **Seite 39: Entwicklung von Abfallvermeidungskampagnen**

Darüber hinaus können Kommunen ggf. in Zusammenarbeit mit Umwelt- und Verbraucherverbänden Abfallvermeidungskampagnen konzipieren, z. B. in Form von Informationsmaterialien, Theaterprojekten, gezielten Events oder Pilotprojekten.

Die Kampagnen können zielgruppen- oder themenspezifisch ausgerichtet sein. Spezifische Themen wären z. B. „abfallarmes Einkaufen“ oder die „Vermeidung von Lebensmittelabfällen“. Für zielgruppenspezifische Kampagnen können z. B. Schulen, Kindergärten, Großwohnanlagen oder auch Gewerbebetriebe in den Fokus genommen werden.

**Seite 46:** Die konkrete Öffentlichkeitsarbeit für die Haushalte muss in Ballungsräumen an die Mentalität angepasst werden. Neben den Schulen, Kindergärten und Vereinen, die als Multiplikatoren bei der Konzeption der Öffentlichkeitsarbeit dienen können, sind dies in verdichteten Strukturen auch die Hausmeister und die Hausverwaltung. Auch das Einbeziehen von ausländischen Printmedien sowie das Übersetzen in die wichtigsten Muttersprachen erhöhen die Erfolgsaussichten der flächendeckenden Bioabfallsammlung insbesondere in verdichteten Strukturen

Und weiter: **Empfehlung zur Öffentlichkeitsarbeit:**

Die getrennte Erfassung der Bioabfälle ist durch eine intensive und vor allem fortgesetzte Öffentlichkeitsarbeit zu begleiten. Die Art und die Gestaltung der Maßnahmen muss vor allem in Ballungsräumen an die Mentalität und die Sprachkenntnisse angepasst werden. Multiplikatoren, wie Schulen, Kindergärten und Vereine sowie in verdichteten Bebauungen die Hausmeister und die Hausverwaltung sind bei der Konzeption der Öffentlichkeitsarbeit einzubeziehen. (Seite 46)

**Seite 48/49)** Weitere Einsparpotenziale für den Klimaschutz können durch eine Steigerung der Energieeffizienz von Hausmüllverbrennungsanlagen erschlossen werden, insbesondere durch eine verstärkte Wärmeauskopplung (s.49) Die Werte für die Energieeffizienz der nordrhein-westfälischen Hausmüllverbrennungsanlagen, die anhand der Formel gemäß Fußnote 1 Buchstabe b der Anlage 2 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes für das Jahr 2012 ermittelt wurden, bewegen sich zwischen 0,61 und 0,89. In Hausmüllverbrennungsanlagen, die einen Wert von 0,60 erreichen und vor dem 01.01.2009 genehmigt wurden, können gemischte Siedlungsabfälle energetisch verwertet werden. Die Hausmüllverbrennungsanlagen in Nordrhein-Westfalen haben im Jahr 2010 1,73 Mio. MWh Strom und 4,61 Mio. MWh Wärme abgegeben. Davon wurden etwa 2 Mio. MWh in Form von Fernwärme abgegeben. 13 der insgesamt 16 Hausmüllverbrennungsanlagen speisen Fernwärme ein. Die von diesen Anlagen jeweils abgegebenen Mengen bewegen sich zwischen rund 8.000 MWh und knapp 700.000 MWh. Durch Maßnahmen zur Energieeffizienzsteigerung wurden bisher rund 0,15 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalente eingespart. Bei Umsetzung weiterer Maßnahmen zur Effizienzsteigerung könnten zusätzlich ca. 70.000 t CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Jahr eingespart werden. Dies entspricht ca. 4 % des bisherigen Beitrags der Siedlungsabfallwirtschaft zum Klimaschutz und einer Steigerung um weitere 13 % bezogen auf den bisherigen Beitrag der Hausmüllverbrennungsanlagen in Nordrhein-Westfalen. Der Ressourcenverbrauch könnte um weitere 4 % (Braunkohle) und 3 % (Steinkohle) verringert werden.

Zur Förderung des Ressourcen- und Klimaschutzes sind die kreisfreien Städte und Kreise daher gehalten, neben den Grundsätzen der regionalen Entsorgungsautarkie und der Nähe auch die Energieeffizienz als Kriterium bei der Ausschreibung und Vergabe von Entsorgungsdienstleistungen zu berücksichtigen. Ziel der nordrhein-westfälischen Landesregierung ist es, den Anteil der Kraftwärmekopplung an der Stromerzeugung von heute 13 % auf mehr als 25 % bis 2020 zu steigern.

**Seite 85:** Im Hinblick auf eine Intensivierung und Optimierung der getrennten Erfassung wurden darüber hinaus Zielwerte für Bio- und Grünabfälle definiert (siehe Kapitel 4.2.1), die sich abweichend von den Prognoseannahmen nicht an den Cluster- Mittelwerten, sondern an den jeweils **Besten eines Clusters orientieren. Diese ambitionierten Zielwerte** sollen vor allem den kreisfreien Städten und Kreisen, die bisher geringe Mengen getrennt erfassen, als Maßstab für die anzustrebende Steigerung dienen und sie zu intensivierenden Maßnahmen motivieren. **Bei der Prognose der zukünftig thermisch** und/ oder mechanisch-biologisch zu behandelnden Siedlungsabfallmenge dagegen **wurde** angesichts der zu gewährleistenden Entsorgungssicherheit **von weniger ambitionierten Werten** ausgegangen.